

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1885

26.7.1885 (No. 175)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 26. Juli.

№ 175.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gefaltene Pettzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1885.

Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 9. Juli d. J. gnädigst bewegen gefunden, dem Musiklehrer Anton Bell am Lehrerseminar zu Ettlingen das Ritterkreuz 2. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 16. Juli d. J. gnädigst bewegen gefunden, dem Herzoglich Sachsen-Koburg-Gothaischen Stifterdirektor Meßmer zu Rallsberg das Ritterkreuz 2. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 20. Juli d. J. gnädigst bewegen gefunden, dem Feldwebel Johann Georg Bertsch vom 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Nicht-Amflicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 25. Juli.

Zur Abwechslung berichtet heute ein Londoner Telegramm, daß die Verhandlungen über die afghanische Grenzfrage einen „betriebligen, glatten“ Verlauf nehmen. Die öffentliche Meinung dürfte allmählich dahin gekommen sein, ihre Stellung in dieser Sache zu nehmen gleich entfernt von einer vor der Hand durch nichts gerechtfertigten Kriegsbefürchtung und einer Vertrauenslosigkeit, welche diesen fernem asiatischen Angelegenheiten am liebsten jede ernsthafte Bedeutung absprechen möchte. England und Rußland stehen sich in Bezug auf den Zulufar-pas noch immer mit widersprechenden Ansichten entgegen. Salisbury verharret auf dem Punkte, den Gladstone eingenommen hat, und scheint entschlossen, keinen Schritt zurückzuweichen. Rußland verlangt einen solchen Rückzug; ein Einverständnis dürfte demnach nur herbeizuführen sein, wenn England und Rußland gleichzeitig ein freundliches Entgegenkommen zeigen. Bis jetzt ist dasselbe jedoch noch nicht bemerkbar. Man darf aber hoffen, daß sich dies ändern wird, und die Ansicht, der Friede werde erhalten bleiben, erscheint besser begründet, als die Furcht vor einem Kriege, da beide Parteien gleich schwerwiegende Gründe haben, letztere zu vermeiden. Bis jedoch die beiderseitige Friedensliebe in einem gegenseitigen Entgegenkommen ihren Ausdruck findet, bleibt die Lage unsicher, wie sie es seit vielen Wochen ist, und man sollte sich ein- für allemal klar machen, daß weder die Ansichten der Börse, noch die in den Schwankungen der Kurse Ausdruck findende, noch auch die Beurteilung, welche über die Lage in den Zeitungen gefällt wird, daran im Wesentlichen etwas ändern können.

Die „B. Vol. N.“ schreiben: Zu den ständigen Themen publizistischer Evidenz gehört seit neuerer Zeit bekanntlich die Regelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn. Der Eifer, womit diese Frage blühen und drüben behandelt wird, zeigt hinlänglich, wie groß das Interesse ist, welches in der öffentlichen Meinung beider Länder für dieselbe besteht. Zur Klärung der Angelegenheit haben die bisher darüber in das Publikum gedruckten Beschlüsse indessen nur wenig beitragen können, weil Wahres mit Falschem in oft höchst unrichtiger Weise vermischt worden ist und die Urheber der betreffenden Mittheilungen nur zu oft verdrängen, wie wenig sie selber orientirt sind. Wie wir heute auf Grund verlässlicher Informationen konstatiren können, ist es positiv unrichtig, als ob zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung schon Abmachungen bezüglich der Herstellung einer wirtschaftlichen Entente stattgefunden hätten; desgleichen wird uns als unbegründet bezeichnet, daß ungarischerseits dem Deutschen Reiche gegenüber übermäßig hohe Retentionszölle vorgeschlagen und angenommen worden wären — wie das beispielsweise in der „Frankf. Ztg.“ behauptet wurde. Wie un- gemein verdrängt alle über diesen Gegenstand seither verlautbarten Kundgebungen sind, mag man aus dem Umstand entnehmen, daß die merkwürdigen Auslassungen handlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung erst im kommenden Herbst beginnen.

Mit Bezug auf den nationalliberalen Parteitag zu Gagen i. Weßl. schreibt der „Damb. Korresp.“: „Der Prof. Enneccerus hielt selbst in Gagen, im Lager des eigentlichen Gegners des Nationalliberalismus, für angezeigt, zu versichern, daß ihm gegen die Reaktion die Bundesgenossenschaft des Fortschritts lieb sei. Welche kindliche Zuversicht gegen die fortschrittliche Rücksichtslosigkeit! Wir müssen gestehen, daß uns dieser absehbare Vorfall die Freude an der Rede des gelehrten Herrn; so gut er auch sonst das Programm der nationalliberalen Partei in allen Einzelheiten darlegte, stark verdoeben hat. Wie ganz anders müßten dagegen die frischen Worte des Herrn v. o m H e e d e an! Man sieht, daß dieser Mann im praktischen Leben steht und etwas von der Welt gesehen hat. Der rauschende Beifall, der ihm zu Theil wurde, bewies, daß auch die Masse der Versammelten seine entschlossene Stellungnahme gegenüber dem extremen Liberalis-

mus theilte, und gerade damit schließt sich der Gagener Parteitag der süddeutschen Bewegung in vielversprechender Weise an. Un- gemein zutreffend saate Herr vom Heede: „Ich möchte dem weit- verbreiteten Irrthum ausdrücklich entgegenstellen, als handle es sich bei der Gegnerschaft zwischen Nationalliberalen und Deutsch- freisinnigen um ein größeres oder geringeres Maß von Liberalis- mus, von politischer Festigkeit oder Unabhängigkeit. Durchaus nicht. Im Grunde genommen handelt es sich nur um größere oder geringere Befangenheit in veralteten Formen, um größere oder geringere Bekanntheit für die Erfordernisse der Zeit, für die praktische Aufgabe des Staates. Es handelt sich, kurz zusammengefaßt, nicht um den alten Gegenlag konservativer und liberaler Prinzipien, sondern es ist fast ausschließlich die grund- sätzlich verchiedene Stellung zum Staate, welche heute den Gegen- sag bedingt. Meine Herren, im Beginn unseres konstitutionellen Lebens, als die Befreiung aus den Banden des alten feudalen Staates erst eben stattgefunden hatte, da war es ganz natürlich, daß mit allem Nachdruck auf die Selbstbestimmung und die Selbst- verantwortlichkeit des Einzelnen hingearbeitet wurde und daß man aus Furcht vor den Ueberlieferungen des Polizeistaates jede positive Mitwirkung derselben aus dem wirtschaftlichen Leben der Nation fern halten wollte. Aber, meine Herren, das ist jetzt ganz anders geworden. Unser Volk erfreut sich eines ge- sicherten Rechtsschutzes, eines Maßes politischer Freiheit, wie es mit der öffentlichen Ordnung nur vereinbar ist. Mit Ausnahme einer winzigen Minderheit, die in der „Kreuzzeitung“ ihr Wesen treibt, denkt in Deutschland kein Mensch daran, die Grundlagen unseres Verfassungslebens anzutasten. Wir haben eben gelernt, unsere Parteiprinzipien an ihren praktischen Wirkungen zu üben. Wir wissen, was wir vom Staate haben, und wir sehen ein, daß die Freiheit nur im Gesetz, in der Organisation, immer nur durch den Staat, aber nimmermehr gegen den Staat gewonnen werden kann.“ Ganz vortrefflich ist in diesen Worten der veraltete Fortschritt charakterisirt, der seinen Namen, da er heute ganz außerhalb der Zeit steht, nur noch wie lucas a non lucendo trägt. Es bedeutet vielmehr einen wirklichen politischen Fortschritt, daß diese Worte gerade in Gagen ausgesprochen und mit so richtigem Verständnis und großem Beifall aufgenommen werden konnten. Das ist ein Erfolg, dem die schwunghaften Worte des Herrn Jerusalem einen wohlverdienten Abschluß geben. Noch mehr aber wurde er durch das patriotische Telegramm befestigt, welches vorerster die 3000 in Gagen ver- sammelten rheinisch-westfälischen Männer in gehobener Stimmung an den greisen Beherrscher des Deutschen Reiches gerichtet haben.“

Vor kurzem veröffentlichten wir eine Erklärung des Abgeordneten zum preussischen Landtag Herrn Spielberg, Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Deutschen Kolonialvereins, in welcher die Südbrafilien als das Ziel deutscher Aus- wanderer empfohlen wurde. Diese Empfehlung wird nunmehr in einer Auseinandersetzung (Heft 15 der „Kolonialzeitung“) von dem genannten Herrn eingehend begründet. Zweck seiner Reisen, die Herr Spielberg vom Standpunkte eines Landwirths in Kanada, dem nördlichen Theile der Vereinigten Staaten, Argentinien und Südbrafilien unternahm, war, sich über Boden, Klima, Abfah- verhältnisse, soziale und politische Zustände zu unterrichten. Herr Spielberg kommt zu dem Resultate, daß gleichviel, welche größere oder geringere persönlichen Erfolge für die Einwanderer die erwähnten Theile Nordamerikas's versprechen — das Uebel bleibt, daß das Gros der deutschen Einwanderer in der neu sich bildenden Nation aufsteht und der Heimath dauernd entfremdet werde, daß ein Theil derselben sei es durch Ausschließung neuen Bodens, sei es durch sorgfältigere Kultur eine Entwertung der in Deutschland selbst erzeugten Bodenprodukte herbeizuführen hilft, der andere Theil aber durch Zuführung von Arbeitskraft der nordamerikanischen Industrie die Konkurrenz mit uns erleichtert.

Aus alledem folgert Herr Spielberg, daß die deutschen Aus- wanderer von Nordamerika möglichst abzulenken seien. Es handle sich um eine allmähliche Hinlenkung nach anderen Gebieten, namentlich nach Brafilien und den Provinzen Buenos Aires, Santa Fe und Entre Rios. Die beiden letzteren seien Pampas, entsprechend dem nordamerikanischen Prairielande, aber ärmer an Humus und Regenfall, außerdem oft wiederkeh- renden Heuschreckplagen ausgesetzt; Entre Rios sei fruchtbar, mit Hügelbildung, holzreicher und, weil zwischen zwei großen Strömen gelegen, dem Seepferle auch vom Innern aus zu- gänglich. Santa Fe und Entre Rios können im Getreideexport nach Europa wenig leisten, weil die Qualität des Weizens und der Gerste eine sehr geringe ist; zur Erzeugung von Wehl in großen Handelsmengen fehlt jetzt die Kohle, die auch nach Ent- deckung größerer Lager in den Anden schwer herbeizuschaffen sein würde; genügende Wasserkraft ist nur in Entre Rios am oberen Uruguay, Salto gegenüber, vorhanden. Der Bedarf Argenti- niens an Getreide ist bereits gedeckt, es lassen sich daher auf Getreidebau allein keine Kolonien mehr gründen. Dagegen sind beide Provinzen für Viehzucht vortrefflich geeignet; Mais, ver- schiedene Delikatessen (Wein, Erdnuß, Ricinus) gerathen in der Regel gut, und die Deutschen würden sich bei dem sehr zuträg- lichen Klima wohl befinden — wenn nicht mit den unsicheren poli- tischen Zuständen und der schlechten Finanzlage des Landes, namentlich der fast autonomen Provinzen mit der unsinnigen Provinzialbesteuerung aller gewerblichen und Handelsunterneh- mungen, dem Mangel an Rechtsschutz u. c. zu rechnen wäre und wenn nicht die gewaltthätige Natur der spanischen Rasse dem emporstrebenden fremdländischen Elemente feindlicher entgegen- trat als z. B. in den Vereinigten Staaten die Rücksichtslosig- keit und Selbstsucht des Yankee, dem immerhin eine gewisse Achtung vor dem Gesetz nicht abzuspreehen ist.

Die Provinz Buenos Aires eignet sich klimatisch durch- weg und hinsichtlich des Bodens zum größten Theil für den Ge- treidebau (inkl. Mais); Eisenbahnen gehen nach verschiedenen Rich- tungen und setzen das Binnenland mit den Häfen des La Plata-Beckens wie mit Bahia blanca in Verbindung; diese ungelücktere Provinz, welche jetzt eine Landbevölkerung von nur 300,000 hat, würde

unter deutscher Kultur eine große Menge Getreide zum Export bringen können. Schon aus diesem Grunde kann es daher nicht im Interesse Deutschlands liegen, seine Auswanderung nach der Provinz Buenos Aires zu lenken, abgesehen von oben erwähnten allgemeinen Mißständen, die, jetzt wenigstens, für sie wie für das ganze Land obwalten.

Die Frage, wo und wie Großkapital in den La Plata-Staaten lohnende Verwendung durch Viehzucht, Plantagen u. c. finden könnte, läßt der Verfasser unerörtert, weil sie außerhalb seines speziellen Reisezweckes lag. Weniger befriedigt erklärt sich Herr Spielberg von seinen in der Provinz Rio Grande do Sul gewonnenen Erfahrungen bezüglich der Entwidlung der deutschen Ackerbau-Kolonien daselbst. Zum Schluß bemerkt der Verfasser, daß nach drei d e s i m t e n Richtungen hin die Auswanderung ackerbaureicher Deutscher nach Südbrafilien nutzbar gemacht und daher bevorzugt zu werden verdient:

- 1) im Interesse des deutschen Handels und unserer Industrie;
- 2) aus Humanitätsrücksicht gegen die schlecht beratlenen und schutzlos nach allen möglichen und unmöglichen Theilen Amerikas und Australiens Ziehenden;
- 3) zur Neubelebung des bereits in Südbrafilien vorhandenen deutschen Elements. Von dieser Neubelebung hängt wiederum der dauernde wirtschaftliche Zusammenhang mit Deutschland und die Erzielung des unter 1) angeführten Zweckes ab.

Deutschland.

* Berlin, 24. Juli. Laut neuerdings vorliegenden Nach- richten wird sich die Kaiserin Elisabeth von Oester- reich dem für die ersten Tage des August angekündigten Besuche des Kaisers Franz Josef bei Kaiser Wilhelm in Gastein anschließen.

Der „Köln. Ztg.“ wird von hier geschrieben: Vom Ministerium des Innern ist gleich, nachdem die Vorgänge bei dem Begräbniß eines Sozialdemokraten in Frank- furt a. M. hier bekannt geworden waren, ein umfassen- der Bericht darüber vom Oberpräsidenten Grafen Eulen- burg eingefordert worden. Letzterer hat das Polizeiprä- sidium in Frankfurt a. M. sofort veranlaßt, eine genaue Untersuchung zu veranlassen und ihm das Ergebnis der- selben mitzutheilen. Wie man vernimmt, hat man an den hiesigen maßgebenden Stellen schon seit längerer Zeit sehr aufmerksam das Gebahren der Frankfurter Sozialdemokraten beobachtet und ist wiederholt, zuletzt noch während des Prozesses gegen Lieske, dem Gedanken näher getreten, auf Grund des Sozialistengesetzes den kleinen Belagerungszu- stand über Frankfurt a. M. zu verhängen. Von dem er- warteten Berichte des Oberpräsidenten in Kassel wird es wohl abhängen, ob man sich nunmehr zu diesem Schritte entschließen wird.

Potsdam, 24. Juli. Der Kronprinz, die Kron- prinzeßin, die Prinzessinnen Victoria, Sophie und Margarethe sind um 8 Uhr 20 Min. von Station Wil- park über Frankfurt nach der Schweiz abgereist.

Frankfurt a. M., 24. Juli. Der Polizeipräsident v. Her- genhahn hat der „Frankfurter Zeitung“ folgende Be- kanntmachung über den Vorfall bei der Beerdigung des Sozialdemokraten Hiller zugehen lassen: Zur Berichtigung vielfacher unrichtiger Nachrichten über das bedauerliche Vorkommniß des gestrigen Tages theile ich hierdurch mit, wie seitens des königlichen Polizeipräsidiums die Anord- nung getroffen war, daß bei der Beerdigung des Eiseleus Hiller jede sozialdemokratische Demonstration zu verbieten, resp. zu verhindern, namentlich auch Reden von anderen Personen, als einem Geistlichen, nicht zuzulassen seien. Von dieser Anordnung sind der Bruder des Verstorbenen, sowie andere als Führer der hiesigen Sozialdemokraten bekannte Personen vorher in Kenntniß gesetzt worden. Als dennoch, unter demonstrativer Erhebung einer rothen Schleife, der im Leichengolge anwesende Schneider Josef Leyen- decker aus Mainz zu reden begann, löste der überwachende Polizeikommissär die Versammlung auf Grund des § 9 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 auf und forderte die Versammelten dreimal mit erhobener Stimme zum Aus- einandergehen auf. Weil dieser Aufforderung von Nie- mand Folge geleistet wurde, gab der Polizeikommissär den anwesenden Schutzleuten den Befehl, die Ver- sammlung auseinander zu treiben. Er hat — nach seiner Erklärung — dies mit den Worten gethan: „Jetzt treiben Sie die Leute mit der Waffe auseinander.“ Die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, ob zur Durchfüh- rung der zu erzwingenden Anordnung der Gebrauch der Waffe nothwendig resp. gerechtfertigt war. Antlich sind sechs Personen als verletzt gemeldet. Ihre Verletzungen sind anscheinend nicht erheblich. In den hiesigen Hospi- talern befinden sich keine Verwundeten.

München, 24. Juli. Die Königin Isabella von Spanien ist zu einem längeren Aufenthalt in Nymphen- burg eingetroffen. Dieselbe wurde an dem hiesigen Bahn- hof von dem Prinzen und der Prinzessin Ludwig Ferdin- and (ihrer Tochter), der Prinzessin Aladbert und dem Prinzen Alfons empfangen.

Strasburg, 23. Juli. Zu der bevorstehenden Berufung des Fürsten Hohenlohe zum Kaiserlichen Statthalter in Elsaß-Lothringen wird der „Strasburger Post“ von

